

## Arbeit und Postwachstum

# Neugewichtung von Erwerbsarbeit und Tätigsein für eine Postwachstumsgesellschaft

Wachstumspolitik wird allzu oft mit dem Erhalten und Schaffen von Arbeitsplätzen begründet. Tatsächlich beeinflussen verschiedene Faktoren, ob, wie viele und welche Arbeitsplätze es gibt. Notwendig für eine Postwachstumsgesellschaft ist es, neben Erwerbsarbeit die Vielfalt möglicher und nötiger Tätigkeiten stärker zu gewichten.

Von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

**P**olitiker/innen begründen Wachstumspolitik wesentlich mit dem Argument, Wachstum schaffe Erwerbsarbeit. Internationale Wirtschaftsorganisationen argumentieren ebenso (z. B. IMF 2016) und schreiben seit Beginn dieses Jahrzehnts auch „grünem Wachstum“ einen positiven Beschäftigungseffekt zu (z. B. OECD 2017). Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung geht auch von einer umgekehrten Kausalität aus, die gemäß Erwerbsarbeit und ihrer Passung zur Nachfrage (Qualifikation, Flexibilität etc.) Wachstum schaffe (z. B. OECD 2018).

Ausreichende beziehungsweise zunehmende Beschäftigung ist nicht nur wegen der Einkommensmöglichkeiten und sozialen Absicherung der Bevölkerung relevant, sondern auch wegen der daran gebundenen Steuereinnahmen und Sozialabgaben. Letztere finanzieren wesentlich die soziale Sicherung (Renten, Gesundheit, Arbeitslosigkeit). Was die Steuereinnahmen anbelangt, so machen Einkommenssteuern zum Beispiel in Deutschland 27% des gesamten Steueraufkommens aus und die Sozialbeiträge (auf Arbeit erhoben) 38% (OECD-Daten). Damit sind in Deutschland 65% des Steueraufkommens an Arbeit gebunden. Dies zeigt: angesichts der derzeitigen, historisch gewachsenen Konfiguration des Steuer- und Sozialversicherungssystems besteht ein großes Interesse an ausreichender Erwerbsarbeit.

Doch das Bestreben, ausreichend Erwerbsarbeit sicherzustellen, ist nicht nur durch schwaches Wachstum erschwert, sondern auch durch gesellschaftliche Entwicklungen wie technischen Wandel, vor allem Digitalisierung und Automatisierung (OECD 2018), durch Konsumsättigung (Zinn 2004) sowie durch Strukturwandel – unter anderem aus ökologischen Gründen. Hinzu kommt für Exportnationen wie Deutschland oder die Schweiz mit ihren permanent hohen Handelsüber-

schüssen, dass für sie günstige Freihandelsbedingungen von Handelspartnern infrage gestellt werden.

Die Schwierigkeiten beim Sicherstellen von ausreichend Wachstum beziehungsweise Erwerbsarbeit – und daraus folgend ausreichend staatliche Einnahmen – führen einerseits zu forcierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z. B. hoch expansive Geldpolitik der EZB) und andererseits dazu, dass die Politik umweltpolitische Verpflichtungen wie das Pariser Klimaabkommen nur zögerlich angeht oder ignoriert. Denn eine konsequente Klimapolitik würde in manchen Branchen Erwerbsarbeitsplätze unmittelbar gefährden (z. B. im Kohlebergbau oder in der Automobilindustrie) oder mittelbar durch höhere Kosten für Unternehmen. Doch eine Fortsetzung der Wachstumspolitik destabilisiert mittelfristig unsere Ökonomien (Verschuldung, Spekulation, gewagte Investitionen im extrem günstigen Zinsumfeld) und sie forciert die Naturausbeutung, zum Beispiel durch spekulativen Bauboom, Energie- und Ressourcenverbrauch.

Vor diesem Hintergrund muss es Ziel sein, die Interdependenz zwischen Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum zu ver ringern, das heißt Erwerbsarbeit vom Wirtschaftswachstum unabhängig(er) zu machen, und auch die Abhängigkeit des Steueraufkommens sowie der sozialen Sicherung von Erwerbsarbeit zu entflechten. In der Folge kann ein zentrales Argument bei der Forderung und Förderung von Wachstum entfallen.

Im Folgenden werden wir kurz die Beziehung von Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum beleuchten und dabei auf in Petschow et al. (2018) aufgeworfene Überlegungen eingehen. Daran anschließend argumentieren wir, dass die oben dargestellte Problematik es erfordert, über die Betrachtung von Erwerbsarbeit hinauszugehen und das gesamte Tätigsein des Menschen einzubeziehen.

## Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum

Petschow et al. (2018) diskutieren kritisch, wie der Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum entsteht. Zweifellos hat er vielfältige Ursachen: Zielt Wachstumspolitik darauf ab, Erwerbsarbeit zu schaffen, so müssen die potenziellen Arbeitskräfte nachgefragte Qualifikationen haben, der Arbeitsmarkt darf nicht zu starr sein, idealerweise müssen geförderte Firmen in Clusterstrukturen eingebettet sein, damit Wachstum stattfinden kann. Gleichzeitig kann durch hohe

und passende Qualifikation der Arbeitnehmer/innen auch ohne Wachstumspolitik Wachstum entstehen. Kurz: der Zusammenhang ist komplex (internationale Wirkungen kommen noch hinzu) und oft genug verpuffen Wachstumsprogramme ohne die erwarteten Beschäftigungseffekte, während in anderen Sektoren oder Ländern Wachstumsförderung kaum nötig wäre. Es gibt eine umfangreiche Forschung zu diesen Zusammenhängen, die bislang aus Postwachstumsperspektive kaum ausgewertet und erweitert ist.

Ausgehend von der Tatsache, dass Wachstumsförderung politisch sehr häufig damit begründet wird, sie solle Erwerbsarbeit schaffen, und Wirtschaftswachstum durchwegs höheren Energie- und Ressourcenverbrauch bedeutet, stellen sich Postwachstumsforschenden drei Fragen. Erstens, wie kann sichergestellt werden, dass ausreichend Erwerbsarbeit vorhanden ist, auch wenn die Wirtschaft nicht wächst (Arbeitslosigkeit verhindert wird), wie also kann der Erwerbssektor unabhängig(er) vom Wachstum sein? Zweitens, was ist „ausreichende Erwerbsarbeit“ oder anders formuliert, wie viel Erwerbsarbeit braucht es für das Funktionieren der staatlichen Institutionen, die individuelle Existenzsicherung, die soziale Einbindung des Einzelnen und eine Ökonomie, die all dies ermöglicht, ohne die ökologischen Grundlagen zu zerstören? Drittens, wie kann unsere Gesellschaft sich von ihrer Fokussierung auf Erwerbsarbeit lösen und Tätigsein in seiner ganzen möglichen Breite in den Fokus nehmen, sodass andere Tätigkeiten als Erwerbsarbeit mehr individuelle, gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit und Förderung erfahren können?

### Von der Erwerbsarbeit zum Tätigsein

Erwerbsarbeit nimmt in unseren früh industrialisierten Ökonomien einen zentralen Platz ein wie schon zum Beispiel Hannah Arendt in „Vita Activa“ (1958) herausgearbeitet hat. Ihre damalige Aussage, der Arbeitsgesellschaft könnte die Arbeit ausgehen, oder J. M. Keynes' Aussage (1943), in einigen Jahrzehnten trete das goldene Zeitalter ein, mit viel mehr Freizeit, Urlaub und kürzeren Arbeitszeiten, sind bisher allerdings kaum Realität geworden. Gleichwohl: Die Forderung, den starken Fokus auf Erwerbsarbeit zurückzunehmen und der Vielfalt der Tätigkeiten mehr Gewicht zu geben, zieht sich seit Hannah Arendt durch gesellschaftliche Debatten und Forschung (siehe Senghaas-Knobloch 1998) und inzwischen auch zaghaft durch die Politik. Auslöser dafür waren in den vergangenen Jahrzehnten vor allem Arbeitslosigkeit, feministische Forderungen und in zunehmendem Maß veränderte Familienrollen.

Damit Erwerbsarbeit nicht weiter eine zentrale Motivation für Wachstumspolitik bleibt, sollten die vielfältigen Tätigkeiten, die die menschliche Existenz ausmachen, umfassend in den Blick genommen und neu bewertet werden. Was unbezahlte Tätigkeiten anbelangt, geht es vor allem um solche,

- die menschliche Existenz sicherstellen (Sorge um Kinder, Kranke, Verwandte und Bezugspersonen, Hausarbeit, Eigen- und Subsistenzarbeit etc.),

- die weitere menschliche Bedürfnisse befriedigen (in Kunst, Kultur, Handwerk aktiv sein etc.),
- die notwendig oder nützlich sind, aber bisher nicht ausgefüllt werden (Schönheit und psychisches Wohlergehen im Lebensumfeld sicherstellen, sorgfältigen Umgang mit natürlichen Ressourcen sichern etc.) oder
- die nicht mehr oder nur teilweise ausgeführt werden angesichts heutiger Preisrelationen (Reparaturdienste oder umweltgerechte Landwirtschaft etc.).

Eine Neugewichtung erfordert eine Anerkennung dieser Tätigkeiten durch das Gemeinwesen und ihr Ermöglichen. Dazu gehört zweierlei: zum Ersten, sie sozial abzusichern, das heißt mit solchen Tätigkeiten Anrechte auf eine Absicherung gegen Krankheit, Unfall und Alter zu erwirken (z. B. besteht bereits ein Anrecht auf Rentenzahlung bei Kindererziehung). Entsprechend steht ein Umbau der sozialen Absicherung an, bei dem Finanzierungsfrage und Leistungsniveau zentral sein werden. Zum Zweiten, diese Tätigkeiten durch unterstützende Organisation zu ermöglichen (z. B. Häuser der Eigenarbeit oder Nachbarschaftshäuser einrichten, Freiwilligenvermittlung, Zeitausgleichskoordination). Aus einer Neugewichtung des Tätigseins dürfte eine größere wirtschaftliche und soziale Stabilität resultieren sowie eine höhere individuelle Zufriedenheit – wichtige Bedingungen auch für einen Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft.

### Literatur

- Arendt, H. (1958): Vita Activa oder vom Tätigen Leben. Stuttgart.
- Keynes, J. M. (1943): Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung. In: Reuter, N. (Hrsg.): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Marburg. 159–179.
- IMF (Internationaler Währungsfond) (Hrsg.) (2016): IMF Research Bulletin, Volume 17, Number 3.
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (Hrsg.) (2017): Employment Implications of Green Growth: Linking jobs, growth, and green policies. Paris.
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (Hrsg.) (2018): Good Jobs for All in a Changing World of Work. Paris.
- Petschow, U./aus dem Moore, N./Pissarskoi, E./Korfhage, T./Lange, S./Schoofs, A./Hofmann, D. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumspolition. UBA Texte 89/2018.
- Senghaas-Knobloch, E. (1998): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zu ihrer Abschätzung. In: Feministische Studien 16/2: 9–30.
- Zinn, K. G. (2004): Überkonsum und Konsumsättigung reifer Volkswirtschaften. In: Walter, R.: Geschichte des Konsums. Wiesbaden. 55–74.

### AUTORINNEN + KONTAKT

**Dr. Irmi Seidl** ist Titularprofessorin an der Universität Zürich und Mitarbeiterin an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft. WSL, Zürcherstr. 111, 8903 Birmensdorf, Schweiz. Tel.: +41 44 7392324, E-Mail: irmi.seidl@wsl.ch



**Dr. Angelika Zahrnt** ist Professorin, Ehrenvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Fellow am IÖW.



Angelika Zahrnt, E-Mail: a.zahrnt@bund.net